

**Für Sie.
Für Düsseldorf.**



Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf:

Wichtige Themen der Ratssitzung am 17.11.2011

➔ Gedenken an die sogenannten „Gerresheimer Hexen“ führt zum Eklat

Die Sitzung hatte einen eher peinlichen Auftakt. Seit Wochen wird über das Schicksal zweier im Jahr 1738 in Düsseldorf als angebliche Hexen verbrannten Frauen diskutiert. Auslöser war der Antrag eines Düsseldorfer Bürgers, die beiden Frauen zu rehabilitieren. Damit taten sich Verwaltung und CDU sichtlich schwer. Die Verwaltung verstieg sich zu der Feststellung, dass der Rat nicht befugt sei, solche - damals rechtmäßig - gefassten Urteile aufzuheben. Abgesehen davon, dass es gar nicht darum ging, die Urteile im juristischen Sinne aufzuheben, sondern die Frauen moralisch zu rehabilitieren und damit ein deutliches Zeichen zu setzen, ist solch eine Verwaltungsfeststellung schon mehr als fragwürdig. Wie kann man ernsthaft heutzutage von der „Rechtmäßigkeit“ solcher aufgrund erzwungener Geständnisse erfolgter Urteile sprechen?

Ähnlich wie die Verwaltung war auch die CDU eigentlich nicht gewillt, die beiden Frauen zu rehabilitieren und schloss sich nur nach längerer Diskussion einem entsprechenden gemeinsamen Antrag aller Fraktionen des Anregungs- und Beschwerdeausschusses an. Mit diesem Antrag wurde der Rat gebeten, der beiden Frauen zu gedenken. Wer nun dachte, damit wäre das Thema erledigt, sah sich schon im Ältestenrat eines Schlechteren belehrt. Dort opponierten CDU und Oberbürgermeister weiter gegen die Gedenkveranstaltung. In den darauffolgenden Wochen bis zur Ratssitzung ging das Theater dann weiter. Erst nach einem Treffen hochrangiger Fraktionsvertreter schien ein Ergebnis in greifbarer Nähe: eine gemeinsame Gedenkminute. Doch bis zur Ratssitzung gab es dazu keine verbindliche Zusage der CDU.

In der Ratssitzung selbst beantragte dann Markus Raub wie interfraktionell vereinbart die Gedenkminute für die beiden Frauen. Entgegen aller Absprachen im Vorfeld widersprach der Oberbürgermeister dem Antrag und redete dabei von „vermeintlichen Fehlurteilen“. Auch der Vorsitzende der CDU-Fraktion machte mit und erklärte, dass er die Meinung des OBs teile. Trotzdem wurde das Gedenken dann auf die Tagesordnung gesetzt, da sich die CDU bei der Abstimmung enthielt.

Beim Gedenken selbst standen die CDU-Mitglieder dann entweder gar nicht auf oder nur, um fluchtartig den Saal zu verlassen. Damit hat die CDU ihre unverständliche Haltung in dieser Frage konsequent peinlich fortgesetzt. Wir freuen uns, dass es trotzdem gelungen ist, der beiden Frauen zu gedenken. Nun geht es darum, zwei Straßen in Düsseldorf nach ihnen zu benennen.

➔ Anfrage: Eingriffs- & Ausgleichsbilanz zu den für den Kö-Bogen gefälltten Bäumen

Im Oktober erklärte die Leiterin des Amtes für Verkehrsmanagement im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen auf Nachfrage der SPD-Fraktion, dass bisher keine Eingriffs- und Ausgleichsbilanz zu den Baumfällungen im Zusammenhang mit dem Projekt Kö-Bogen erstellt worden sei. Da eine Eingriffs- und Ausgleichsbilanz jedoch gesetzlich vorgeschrieben ist, fragte die SPD nach.

**Für Sie.
Für Düsseldorf.**



Die Antwort der Verwaltung fiel überraschend aus: Zum einen liegt die Zahl der bisher für den Kö-Bogen gefälltten Bäume mit 95 deutlich höher als bisher angenommen. Zum anderen blieb die Verwaltung konkrete Informationen zur ökologischen Wertigkeit der gefälltten sowie der neu zu pflanzenden Bäume schuldig. Klar ist, dass Zierkirschen und Kopfplatanen auf dem Deckel des zukünftigen Tunnels nicht die gleiche Wertigkeit haben, wie Dutzende von alten Bäumen mit einem Kronendurchmesser von bis zu 20 Metern und einem Stammumfang von bis zu 330 cm.

Unbeantwortet blieben auch zwei Nachfragen von Bürgermeisterin Hock, die wissen wollte, wer die Neupflanzungen im Wert von etwa 250.000 Euro zu bezahlen habe (Stadt oder Investor?) und ob die Ersatzpflanzungen der im Hofgarten gefälltten Bäume auch in der historischen Parkanlage erfolgen werden. Die vagen Antworten der Verwaltung geben Anlass, das Thema erneut im Fachausschuss aufzugreifen.

➔ **Anfrage: Wann werden die Misstände beim Gartenamt behoben?**

Im Rahmen eines Ortstermins haben sich Mitglieder der SPD-Ratsfraktion einen Eindruck von den Sozial- und Arbeitsräumen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gartenamtes gemacht – mit zum Teil erschreckenden Erkenntnissen. So sind beispielsweise die Sozialräume der Baumschule Am Staad vollkommen marode und dringend erneuerungsbedürftig. Eine defekte Heizung wurde hier durch einen einfachen Elektroradiator ersetzt, durch die Decke regnet es rein, es wimmelt von Mäusen und nicht zuletzt fehlen angemessene sanitäre Einrichtungen, Schließfächer, Trockenräume sowie geschlechtergetrennte Umkleidekabinen. Dabei wurde für die Baumschule Am Staad bereits Ende 2010 die Errichtung eines neuen Sozialgebäudes mit einem Kostenvolumen von etwa 200.000 Euro geplant.

Die Pläne für diese deutlich größere Unterbringung nach modernen und angemessenen Standards waren bereits weit fortgeschritten, als überraschend und ohne nähere Begründung das Verschieben der seit Jahren eingeforderten Maßnahme bekannt gegeben wurde. Im Rahmen eines zweiten Ortstermins machten sich SPD-Mitglieder vor Ort von den Räumlichkeiten des Gartenamtes an der Kaiserswerther Straße 390 ein Bild. Auch hier wurden massive Mängel festgestellt, deren Behebung aus Sicht der SPD-Ratsfraktion dringend erforderlich ist. Um verbindliche Zusagen der Verwaltung zu erhalten, fragte die SPD-Fraktion nach.

Die Verwaltung erklärte nun, dass die Sanierung der Räumlichkeiten „gesetzlich notwendig“ sei, um Gefahrenstellen zu beseitigen und den Betrieb aufrechtzuerhalten. Zudem wurde ein Neubau in einer Stellungnahme der Technischen Arbeitssicherheit (ASiG) dringend empfohlen. Die Räumlichkeiten der Baumschule (Container) sollen nun in 2012 ersetzt werden. Um eine Nutzung bis dahin sicherzustellen, sollen kurzfristig das Dach abgedichtet und die Heizung repariert werden. Fragt sich nur, warum die Verwaltung angesichts der offensichtlichen und massiven Mängel nicht schon früher aktiv geworden ist.

Umfangreicher werden die Sanierungsmaßnahmen am denkmalgeschützten Verwaltungsgebäude des Gartenamtes ausfallen. Hier soll zunächst ein Sanierungskonzept mit Kostenschätzung erstellt werden. Bleibt zu hoffen, dass die notwendige Sanierung schnell auf den Weg gebracht wird. Wir werden den Vorgang weiter im Auge behalten.



➔ Jahresabschluss 2010 und Lagebericht 2010 des Stadtentwässerungsbetriebes

Die SPD-Ratsfraktion wendet sich ganz entschieden gegen die erneute Abführung von Finanzmitteln des Stadtentwässerungsbetriebes an den städtischen Haushalt. Diese Gelder wurden durch Gebührenzahler bezahlt und sollten deshalb ausschließlich für Investitionen in die Kanäle verwendet werden. Dies entspricht auch der Empfehlung der Wirtschaftsprüfer, die dringend eine Kapitalerhöhung des Stadtentwässerungsbetriebes empfehlen, um die Eigenkapitalquote zu stärken.

Die SPD-Ratsfraktion sieht in dieser neuerlichen Finanztransaktion eine weitere Bestätigung dafür, dass sich CDU und FDP mit Großprojekten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten deutlich verkalkuliert haben. Die Gebührenzahler werden für diese Fehleinschätzungen zur Kasse gebeten. Anders ist die Schuldenfreiheit wohl nicht zu halten.

➔ Kö-Bogen, 2. Bauabschnitt, Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss

Im Rahmen der Aussprache zu diesem Punkt fand Markus Raub deutliche Worte: „Die schwarzgelbe Mehrheit macht bei ihrem Prestigeprojekt vor lauter Eile ein weiteres Mal den zweiten vor dem ersten Schritt. Es gibt noch keinen gültigen Bebauungsplan, die Entscheidung des Ministers über den Abriss des Tausendfüßlers ist noch nicht getroffen – aber sie beschließen heute schon mal den Tunnel. Das ist wirklich unterirdisch!“

In der Debatte wurden ein weiteres Mal die grundsätzlich gegensätzlichen Positionen deutlich. Die SPD kritisierte dabei vor allem die enormen Gesamtkosten und die kaum absehbaren Folgekosten des Projekts, dem sich alle anderen Maßnahmen unterordnen. „Mit der Entscheidung für überdimensionierte Tunnel ohne verkehrstechnische Notwendigkeit geben CDU und FDP auf Jahrzehnte hinaus das Geld aus, was an anderer Stelle sehr viel sinnvoller investiert wäre. So kann man die finanzielle Sicherheit, in der sich unsere Stadt dank solider Steuereinnahmen befindet, auch gefährden.“ Es ist klar, dass die SPD diesem unsinnigen Verfahren nicht zustimmte.

➔ Antrag von SPD / Grün: Stadtteilbüro und Schulsozialarbeiter/innen Hassels-Nord

Die Problematik um Hassels-Nord wird von der Mehrheit aus CDU und FDP einfach nicht ernst genommen. Die SPD-Ratsfraktion forderte deshalb zusammen mit den Grünen, die Infrastruktur in Hassels-Nord nachhaltig zu stärken, um das Sozialgefüge und die Wohnraumsituation aufzuwerten. Dies sollte mit der Entwicklung eines integrierten Handlungskonzepts und der Einbindung von Architekten, sowie Fachplanern, d. h. Stadt- und Sozialplanern, Verbänden sowie Bewohnerinnen und Bewohnern erreicht werden. Die Mehrheit aus CDU und FDP weigerten sich, den Antrag anzunehmen - mit der Argumentation, die Stadt würde bereits ausreichend für den Stadtteil tun. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vor Ort und ein Runder Tisch mit den Akteuren und Bewohnern wären ausreichende Maßnahmen, um die Situation vor Ort zu verbessern.

**Für Sie.
Für Düsseldorf.**



Auf die Nachfrage, wie sie denn die steigende Zahl der Hausbrände und die katastrophalen Defizite der Infrastruktur verbessern wollten, verwies die CDU-Fraktion, lediglich auf Feuerwehr, Polizei und OSD. Eine vorbeugende Sozialarbeit wäre aus Sicht der SPD besser.

Andreas Rimkus betonte die Notwendigkeit, schnell und wirksam zu handeln und wies darauf hin, dass es hierbei dass die Bewohnerinnen und Bewohner dort eine schnelle und spürbare Verbesserung ihres Wohnumfeldes benötigten. So offensichtlich die Missstände in Hassels-Nord auch sind: CDU, FDP und die Freien Wähler lehnten den Antrag ab.

➔ **Antrag: Jugendfreizeiteinrichtung und preiswerter Wohnraum im Kuthsweg**

Dieser Thema hat bereits einen langen Vorlauf: Nachdem die SPD die Forderung nach einem Neubau der Jugendfreizeiteinrichtung und der Schaffung von neuem, preiswertem Wohnraum am Kuthsweg bereits in der Bezirksvertretung und verschiedenen Ratsausschüssen gestellt hatte, war selbst der Oberbürgermeister im Rahmen seiner Etatrede im September wohlwollend auf das Thema eingegangen. Parteiübergreifend herrscht Einigkeit darüber, dass sowohl der Neubau der Freizeiteinrichtung, als auch der Neubau preisgünstigen Wohnraums an dieser Stelle sinnvoll und notwendig ist. Auch der Vorstoß des Oberbürgermeisters, eine neue KiTa mit in die Planungen aufzunehmen, findet in allen Fraktionen Unterstützung.

Nachdem Bau- und Planungsdezernent Bonin erklärte, dass die betreffenden Immobilien nun so schnell wie möglich frei gezogen werden sollen, bereits in den kommenden Monaten eine Ausschreibung für eine KiTa sowie der Abriss der bestehenden Häuser und der Neubau von preisgünstigem Wohnraum erfolgen sollte, wurde der Antrag in den Bauausschuss überweisen. Den Bedarf und die Anforderungen an eine neue Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung sollen über das Jugendamt ermittelt werden, bevor hierzu weitere Planungen erfolgen.

➔ **Antrag von CDU/FDP zum Stärkungspakt Stadtfinanzen**

Diesem mit heißer Nadel gestrickten Antrag gegen den Stärkungspakt Stadtfinanzen der Landesregierung widersprach Markus Raub nachdrücklich. Er verwies zunächst darauf, dass es bisher noch gar keine endgültige gesetzliche Regelung gäbe und noch niemand wissen könne, ob und wie viel Düsseldorf beitragen müsste. Unabhängig davon bekräftigte er noch einmal, dass sich Düsseldorf keine armen Nachbarn leisten kann, da dies auf Dauer auch für die Entwicklung unserer Stadt schädlich sei. Markus Raub verwies auch auf die großen Anstrengungen des Landes, den Kommunen zu helfen. Damit setzte sich die neue Landesregierung deutlich von der gemeindefeindlichen Politik der Vorgängerregierung aus CDU und FDP ab.

Die neue Landesregierung hat seit ihrem Amtsantritt schon rund eine Milliarde Euro zugunsten der Städte bewegt. Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen will sie jährlich weitere 350 Millionen Euro für die finanzschwachen Kommunen bereitstellen. Das reicht jedoch nicht, um die Not der überschuldeten Städte nachhaltig zu lindern. Da der Bund sich nicht ausreichend an den von ihm veranlassten Sozialausgaben beteiligt, muss die Hilfe innerhalb der kommunalen Familie organisiert werden.

**Für Sie.
Für Düsseldorf.**



Er widersprach auch der immer wieder vorgebrachten Behauptung, CDU und FDP würden in Düsseldorf gut wirtschaften und müssten nun für Städte zahlen, die mit überzogenen Ausgaben und schlechtem Wirtschaften selbst zu ihrer Lage beigetragen hätten: „Düsseldorf hat mehr als dreimal soviel Gewerbesteuererinnahmen wie die gleich große Stadt Dortmund. Trotzdem gelingt es nicht, den Haushalt auszugleichen. Schon zum dritten Mal in Folge bedient man sich bei der Rücklage. Selbst der eigene Kämmerer mahnt zum Maßhalten. Das spricht nicht für gutes Wirtschaften in Düsseldorf.“

Dem Oberbürgermeister schlug Markus Raub vor, mal für einen Monat mit seinen Kollegen in Gelsenkirchen oder Wuppertal zu tauschen. Dann könnte er mal sehen, wo er denn „überzogene Ausgaben“ in einer Stadt findet, die schon lange nicht mehr genug Geld hat, um ihren Bürgerinnen und Bürgern ein umfassendes Angebot öffentlicher Leistungen bieten zu können. Am Ende eines solchen Jobtauschs hätte er dann vielleicht etwas mehr Respekt vor der Leistung dieser Oberbürgermeister und Räte. Im besten Falle würde er endlich verstehen, warum es so wichtig ist, diesen Städten zu helfen.

➔ **Antrag: Einführung des Mobilitätstickets "Düssel-Mobil"**

Die SPD-Ratsfraktion will bürgernahe Lösungen für die urbane Mobilität von morgen in Düsseldorf voran treiben. Durch die Einführung eines „Düssel-Mobil“-Tickets würde eine bargeldlose Nutzung verschiedener Verkehrsträger – von Bussen und Bahnen bis hin zu Mietfahrrädern oder Car-Sharing-Angeboten – möglich und das nicht nur für Düsseldorferinnen und Düsseldorfer, sondern auch für auswärtige Besucher. Eine derart vereinfachte Nutzung unterschiedlicher Fortbewegungsmittel würde für eine höhere Attraktivität der unterschiedlichen Mobilitätsangebote sorgen und den Wechsel vom Auto fördern. Beispiele für solche Kombinationstickets finden sich nicht nur in Hongkong und Singapur, sondern inzwischen auch in einigen deutschen Städten wie z. B. Potsdam.

Nach kurzer Debatte wurde der Antrag an den Ordnungs- und Verkehrsausschuss überwiesen, der sich in seiner Sitzung am 23. November 2011 eingehender mit diesem Thema beschäftigen wird.

➔ **CDU/FDP-Antrag: Geschwindigkeitsreduzierung als Lärmschutz**

CDU und FDP forderten unter dem Gesichtspunkt des Lärmschutzes eine Tempobegrenzung auf 60 km/h auf der Brüsseler Strasse und im Rheinallietunnel. Diese Forderung ist grundsätzlich richtig, aber die im Antrag festgelegte Beschränkung auf die Nachtzeit erschwert aus Sicht der SPD die Umsetzung. Wer hier tagsüber 80 km/h fährt, wird nachts nicht 60 km/h fahren. Deshalb beantragte die SPD eine durchgehende Tempobegrenzung von 80 auf 60 km/h zu allen Tages- und Nachtzeiten. Nach längerer Diskussion wurde der Änderungsantrag der SPD abgelehnt. Im Interesse einer Verbesserung der Situation an der Brüsseler Straße stimmte die SPD-Fraktion schließlich aber dem CDU/FDP-Antrag zu.